

Bezugspreis: Vierteljährlich 15,- M., monatlich 4,- M. ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 8. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Aussagen der Jagowiter.

E. K. Leipzig, 7. Dezember.

Der erste Tag des Prozesses gegen Jagow u. Co. genügt, um den Kapp-Putsch als das schlimmste hochverräterische Unternehmen der Weltgeschichte erscheinen zu lassen.

Herr v. Wangenheim hat sich nur um Landwirtschaft gekümmert. Er ist in die Kapp-Regierung gegangen, weil er wußte, daß sonst in drei Tagen die Volksernährung zusammenbrechen würde.

Was schließlich Herrn Dr. Schiele anbetrifft, so macht er aus Liebe zum deutschen Volke bereits seit zehn Jahren Gesekentwürfe, die niemand annimmt.

Es sei daran erinnert, daß der Ministerpräsident Genosse Otto Braun vor einigen Wochen im Hauptauschuß des Reichstages mitgeteilt hat, daß der vortragende Rat v. Grolmann im Landwirtschaftsministerium ihm gesagt habe, daß vierzehn Tage vor dem Kapp-Putsch im Kasino des 3. Garderegiments am Pariser Platz Jagow an ihn herangetreten und ihn gefragt habe, ob er Regierungspräsident in Breslau werden wolle.

Leipzig, 7. Dezember 1921. (Wd3.)

Im Verlauf seiner weiteren Vernehmung erklärt Angeklagter v. Jagow, er habe nur für ordnungsmäßige Zustände eintreten wollen. Er habe das Ministerium übernommen, da der bisherige Minister befehlungslos war.

Die Freilassung der Minister

erfolgt, die in militärischer Haft waren. Doch Freiherr v. Wangenheim, Landwirtschaftsminister und Traub, Kultusminister werden fallen lassen. Er habe das Ministerium übernommen, da der bisherige Minister befehlungslos war.

Der Präsident weist darauf hin, daß auch Stillschweigen die Teilnehmerhaft am Hochverrat

begründen könne. Der Angeklagte erwidert, er könne im Augenblick keinen Fall angeben, in welchem er Widerspruch gegen Kapps Anordnungen erhoben habe.

Auf Vorhalt gibt der Angeklagte zu, daß er sich Herrn von Büttwich gegenüber bereit erklärt habe, auch unter ihm das Ministerium des Innern interimistisch zu leiten.

Nach einer kurzen Mittagspause erklärt der Angeklagte bei seiner fortgesetzten Vernehmung, er habe als geeignetes Mittel, die Verfassung zu sichern,

die Diktatur

angekündigt. Die Forderung nach Neuwahlen sei ja nachher erfüllt worden, habe also nicht den Charakter des Verfassungsbruches.

der zweite Angeklagte Freiherr v. Wangenheim

vernehmen. Er war am 13. März nicht in Berlin und hat erst auf der Rückreise von Hannover von den Ereignissen gehört.

Seine Teilnahme an den Kabinettsitzungen habe sich darauf beschränkt, daß er über die Ernährung gesprochen habe.

Der dritte Angeklagte, Dr. Schiele,

bestreitet mit Unschiedenheit die gegen ihn erhobene Behauptung, nicht gegen, sondern für die Verfassung habe er eintreten wollen.

Ziel des Unternehmens

habe er die Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände im Deutschen Reich angelehnt. Einem solchen Unternehmen würde er auch als Führer seine Dienste gewidmet haben.

Lloyd Georges größter Sieg.

Man sagt wohl nicht zu viel, wenn man die Unterzeichnung des englisch-irischen Abkommens als ein weltgeschichtliches Ereignis bezeichnet. Denn damit ist ein jahrhundertlanger erbitterter Kampf, der auf den denkbar tiefsten nationalen, religiösen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Gegensätzen beruhte, zu einem für alle Teile befriedigenden Abschluß gelangt.

Aber diese Unzufriedenen dürften in jedem Lager nur eine Minderheit bilden. Die große Masse des Volkes, sowohl in Süd-Irland, wie in der Grafschaft Ulster, wie auch in England selbst sehnt sich nach Frieden und wird die gegenseitigen Zugeständnisse, durch die der grausame Bürgerkrieg der letzten Monate beendet wird, mit Freude begrüßen.

Wenn nun heute Lloyd George von allen Seiten Glückwünsche entgegennimmt, so möchten wir doch, ohne seine eigenen Erfolge und Verdienste zu verkleinern, darauf hinweisen, daß der Abschluß des englisch-irischen Abkommens auch einen Sieg der zu allererst von den Vertretern der organisierten englischen und irischen Arbeiterklasse geforderten Versöhnungspolitik bedeutet.

Indessen bedeutet das Zustandekommen einer Einigung mit den irischen Vertretern für den englischen Ministerpräsidenten einen außerordentlichen Sieg, vielleicht den größten seiner an durchschlagenden Erfolgen so reichen staatsmännischen Laufbahn.

Unwillkürlich drängt sich uns Deutschen ein Vergleich auf: hätten die Staatsmänner des wilhelminischen Deutschlands auch nur den zehnten Teil der Regierungskunst eines Lloyd George befaßt, nie wäre es zu der großen Katastrophe des Weltkrieges gekommen.

Gewiß, auch die englische Regierung hat zuerst geglaubt, den gordischen Knoten der irischen Frage mit dem Schwerte lösen zu können. Das war die Zeit der Militärdiktatur des

Marshalls French und seiner Nachfolger. Altpreußische Minister und Generale hätten sich darauf verbißen, den einmal beschrittenen Weg bis zur unarmherzigen Niederwerfung der letzten Widerstände zu gehen, auch wenn dies hundert Jahre Nord und Brand bedeutet hätte. Die englische Regierung dagegen hat es verstanden, im letzten Augenblick umzulenken. Und war einmal der Weg der Verhandlungen beschritten, da ließ sich Lord George nicht mehr davon abbringen. Auch die radikalsten, übermäßigsten Forderungen und Reibungsarten der Veterans, die ein bismarckisch geschulter Verhandlungspartner sofort mit dem Faustschlag auf den Tisch beantwortet hätte, vermochten nicht, seine Absichten umzuwerfen: er wollte eben zu einem Ergebnis gelangen. Wohl ließ er es nicht an erstickenden Mahnungen fehlen, die manchmal sogar wie ein Ultimatum klangen, aber nie ließ er sich dazu hinreißen, das letzte Wort auszusprechen. Er verstand es vielmehr, das auch von Erzberger in einer geistreichen und klugen Formel einmal empfohlene Verhandlungsverfahren: „Man soll seine Politik stets auf das vorletzte Wort einstellen“, in die Praxis umzusetzen. Das ist die alte englische Regierungsmethode und auch das Geheimnis ihrer Erfolge in der Weltgeschichte und in allen Erdteilen. In der preußisch-deutschen Methode des „Biegen oder Brechen!“ liegt daher das Geheimnis des Unglücks des deutschen Volkes.

Das Prestige der englischen Krone, die übrigens auf ganz anderen ethischen und materiellen Grundlagen und Voraussetzungen beruht, als die frühere deutsche Kaiserkrone, wird nur in den Augen der blinden Anbeter des absolutistischen Gottesgnadentums durch die Tatsache erschüttert sein, daß die „Regierung Seiner Majestät“ sich mit Rebellen an einen Verhandlungstisch gesetzt hat. Der Durchschnittsengländer, dem die Frage Republik oder konstitutionelle Monarchie deshalb gleichgültig ist, weil er das Regime der Hohenzollern oder der Romanows nur vom Hörensagen kennt, denkt über diese Dinge ganz anders, viel vorurteilsloser. Das Prinzip der Souveränität des englischen Königshauses über Irland wird in einer Eidesformel gewahrt, die an sich aber als ein kleines Meisterstück britischer Regierungskunst angesehen werden darf. Aber das Prinzip der irischen Unabhängigkeit wird ebenso deutlich, vielleicht sogar noch viel klarer in dem Ausdruck „Irish Free State“ und in der Gleichstellung der Insel mit Kanada, Australien, Südafrika und Neu-Seeland betont. Diese Gleichstellung ist aber das weitgeschichtliche Ereignis des 6. Dezember 1921 und, mögen auch einige rabiate irische Nationalisten, die von einer gänzlich unabhängigen, vom britischen Reich vollständig losgelösten irischen Republik träumten, damit nicht zufrieden sein, sie ist doch ein ungeheurer Sieg der irischen Freiheitsbewegung. Ein Sieg, der übrigens auch als eine Folge des Weltkrieges und des von Wilson proklamierten Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu werten ist.

Aber die Tatsache, daß Irland diesen Sieg davongetragen hat, wird dem Prestige Lloyd Georges keineswegs schaden. Die Stellung des englischen Ministerpräsidenten hat sich infolgedessen noch gewaltig befestigt, als die übergroße Mehrheit des britischen Volkes ihm dafür dankbar ist, daß er das schier unlösliche Problem zu einem friedlichen, für alle Teile befriedigenden Abschluß gebracht hat. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George auf der Grundlage dieses Ergebnisses in der nächsten Zeit allgemeine Neuwahlen ausschreiben läßt — eine Möglichkeit, die schon seit langem vorausgesehen wird und die in der Rede des Lord Birkenhead für den Fall einer Nichtratifizierung des Abkommens angedeutet wurde. Und damit würde dem schlaunen Fuchs jener Streich gelingen, den er seit langem erwägt: die Opposition der Arbeiterpartei und der Asquith-Liberalen dadurch zu entwaffnen und zu schlagen, daß er sich vor den Wählern mit den Erfolgen seiner Politik der Verständigung mit Irland brüsten könnte, obgleich diese Politik der Verständigung ihm eigentlich erst von der Arbeiterpartei und von den Asquith-Liberalen aufgezwungen werden mußte!

Laßt Raum deutscher Arbeit!

Mit großer Erbitterung, aber ohne jede nationalstatische Note, wandte sich der Betriebsrätekongress für die Metallindustrie in Leipzig einstimmig und unter allgemeinem Beifall gegen die unberechtigten Eingriffe der Interalliierten Kommission in die deutsche Produktion. Die Vorgänge sind bekannt. Beabsichtigt ist nicht nur eine Reihe von Maßnahmen, die die Friedensarbeit der Deutschen Werke L.O. auf das empfindlichste treffen, sondern auch ein Verbot des Baues gewisser Dieselmotoren. Ueber diese Schritte wird der Vorkriegsrat in den nächsten Tagen zu entscheiden haben. Deshalb ist es notwendig, ihn noch einmal mit allem Nachdruck auf das Widersinnige und Lächerliche eines derartigen Vorgehens hinzuweisen.

Deutsche Arbeiter haben sich dafür verbürgt, daß nicht mehr für Kriegszwecke gearbeitet wird. Wo trotzdem Versuche gemacht wurden, Kriegsgeräte der interalliierten Kontrolle zu entziehen, war es die organisierte Arbeiterschaft, die dagegen Einspruch erhoben hat. Vor den Augen der Kontrollkommission liegt die deutsche Gütererzeugung offen. Ihr Streben, die deutsche Rüstungsindustrie nicht hochkommen zu lassen, wird von der Arbeiterschaft, die den Weltfrieden gewahrt wissen will, hauptsächlich von den großen gewerkschaftlichen Verbänden nach bestem Können unterstützt. So war es bis heute. Jetzt will man anscheinend dazu übergehen, der deutschen Produktion Fesseln anzulegen, die die Friedensarbeit wichtiger Fabrikationszweige bedrohen und ihre künftige Entwicklung vollständig untergraben. Insbesondere im Falle der Dieselmotoren, die ausschließlich für Friedenszwecke hergestellt sind, entbehrt das Vorgehen der Kontrollkommission nicht eines peinlichen Beigeschmacks. Die deutsche Industrie war schon vor dem Kriege in der Herstellung schnelllaufender Dieselmotoren an der Spitze der Weltproduktion. Der Fabrikationszweig selbst eröffnet unübersehbare Möglichkeiten nicht nur für die inländische Industrie, sondern auch für den Export, also für den Dienst an der gesamten Menschheit. Es scheint nun, als ob ausländische Interessenten aus Sorge um die deutsche Konkurrenz die Meinung der Kontrollkommission beeinflussen hätten. Sonst wäre es unerklärlich, daß man zugegeben hat, die alten U-Boot-Motoren könnten im Friedensbetrieb nicht mehr als Kriegsgerät angesehen werden, während man die neu herzustellenden Typen, die niemals für U-Boote bestimmt waren, auf einmal als Kriegsgerät erklären will. Man sollte doch nicht verkennen, daß man mit der Schädigung der deutschen Arbeit letzten Endes dieselbe Arbeiterschaft trifft und an ihren Forderungen irre macht, die jetzt die Erfüllungspolitik auf sich genommen hat und unterstützt. Oder sollte man im Auslande ein Interesse daran haben, die Freunde einer Völkerverständigung in Deutschland um ihr Lebensrecht zu berauben?

Heranziehung der Auslandsguthaben.

Von der steuerlichen Erfassung sind bisher die Inhaber des ins Ausland verschobenen Kapitals so gut wie ganz verschont worden. Es ist aber unmöglich, daß Deutschland die ungeheuren Reparationslasten aufbringen kann, wenn der Sprung über die Grenze und der internationale Schutz der Steuerflucht jedem Unehrlichen die Unterziehung großer Vermögenswerte vor steuerlichem Zugriff ermöglicht. Wohl vermag eine scharfe Außenhandelskontrolle die Erfassung von Exportüberschüssen zu erleichtern, eine Verschleppung von Kapitalwerten ist mit ihrer Hilfe nicht zu ahnden. Nun ist bekannt, daß die Zahl der deutschen Auslandsguthaben in die Goldmilliarden geht. Die Besitzer dieser Werte hingegen erstrecken sich, soweit nicht Guthaben aus Industrieexporten — die zu einem Teil auch Kapitalflucht sind — in Frage kommen, meist hinter Strohmännern. Wäre es nicht denkbar, diese Leute durch eine Eideserklärung dazu zu zwingen, sich über den Umfang, Höhe und Gründe des

Auslandsguthabens auszuweisen? Dieser Gedanke sollte einmal ernsthaft erwogen werden. Selbstverständlich werden auch die größten Privatguthaben nicht ausreichen, das offene Loch der Reparationsleistungen zu stopfen, wenn nicht das Friedensbifakt grundlegend verändert wird. Aber es ist ein gegenüber dem Volksganzen unhaltbarer Zustand, daß einzelne Besitzer von Auslandsguthaben vor steuerlichen Leistungen privilegiert werden, zu denen der christliche Zähler bis zur Grenze des Möglichen belastet werden muß.

Erhöhte Erwerbslosenlöhne.

Die Reichsregierung hat beschloffen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung vom 5. Dezember 1921 ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungssätze zuzulassen. Diese Höchstsätze betragen:

	In den Ortsklassen:			
	A	B	C	D u. E.
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	15,—	13,75	12,50	11,25
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	12,50	11,25	10,—	8,75
c) unter 21 Jahren	8,50	7,75	7,—	6,25
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	12,50	11,25	10,—	8,75
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	8,50	7,75	7,—	6,25
c) unter 21 Jahren	7,—	6,25	5,50	4,75
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	7,—	6,25	5,50	4,75
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörigen	6,—	5,50	5,—	4,50

Die neuen Unterstützungssätze gelten ebenso wie bisher als Höchstsätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Aufsichtsbehörden, dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungssätze festzusetzen, die nicht das höchst zulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des höchstzulässigen die Unterstützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar überschreiten würde. Für Berlin sind maßgebend die Sätze unter A.

Mecklenburgische Meinungsfreiheit.

Schwerin, 7. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Mecklenburgischen Landtag kam es bei der Beratung des Gesetzes betr. Schutz der öffentlichen Ehrenamt bekleidenden Arbeitnehmer gegen Nachregelungen zu sensationellen Zwischenfällen. Beide Reichsparteien erklärten sich gegen das Gesetz. Wie eine Bombe wirkte darauf die Mitteilung des sozialdemokratischen Redners, daß der deutschnationalen Führer Justizrat Knebusch als Generalbevollmächtigter eines Gutes durchgesetzt hat, daß der neue Gutspächter den Dorfschulzen nicht als Richter weiter beschäftigen. Der kommunistische Redner fügte hinzu, daß Knebusch einem Krankenpflegerangehörigen gegenüber in ähnlicher Weise gehandelt hat, weil dieser sein Mandat als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ausübte. Knebusch bestritt zwar beide Angaben. Die Feststellungen werden mit Bestimmtheit aufrechterhalten. Der Entwurf wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Seamtenrecht.

Rechtsausschuß für Beamtenangelegenheiten. In der Mittwoch-Abstimmung über die in den Anträgen enthaltenen Grundsätze ergibt sich, daß im § 1 der Aufgabekreis umschrieben, 2. die Beamten der Körperschaften öffentlichen Rechts eingeschlossen, 3. für Dienstvorschriften der Ausdruck „Dienststelle“ gewählt, 4. Bezirksbeamtenausschüsse eingerichtet, 5. nicht mehr als drei Instanzen gebildet, 6. für Ausschüsse der Ausdruck „Räte“ gewählt werden soll. Für die Punkte 2 und 4 sind Ausnahmen in den nächsten Absätzen festzulegen. Ein Unterabsatz soll nach diesen Bestimmungen den ersten Absatz des § 1 neu formulieren. § 2 der Vorlage bezeichnet den Personenkreis und zählt als Beamten auch Beamtenamtswärter und solche Angestellte auf, die nicht unter das Betriebsrätegesetz fallen.

Allerhand Suggestionen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es passierte jüngst, daß eine Kapelle, die nicht genannt war, von klugen Musikern als minderwertig bezeichnet wurde: es war die beste Kapelle Berlins, die der Staatsoper. Es geschah, daß gelegentlich einer Aufführung der H-Roll-Oper unter Ohs ein schillerndes Hornsolo beanstandet wurde, das Meister Rembi gelassen hatte, daß ferner der Schillerchor mitleidig beachtet wurde, der nicht einmal die Noten der Melodie lesen konnte. Unter den Singenden waren mehr als 200 Mitglieder des ehemals philharmonischen Chors. Das sind Suggestionen, denen wir alle einmal unterliegen. Man sollte jedenfalls im Urteil vorichtig sein, sollte lernen, Romen nicht auf den Knien zu verehren und Leistungen nie und nimmer von Ruf oder Klischee des Bekannten, vom bannigen Schall und Rauch des Richtertitels abhängig zu machen. Wer trauete sich mutig zu, den Dirigenten zu erkennen, wenn die Philharmoniker hinter einem Vorhang muskelt; wer hört den Unterschied zwischen Stradivarius- und Koch-Geige auf Anhieb heraus? Wer will bei Beethoven op. 18 die Rifles von den Busch-Geiten unterscheiden? Es gibt Ausnahmen, ganz spezifische Geister und Ausbeuter: Nikisch, Kreisler, Waldert, Debesy und alle Sangesmeister. Man erkennt sie, wie man Schreier- und Schalkowsky, Chopin- und Brahms-Töne erkennt. Im allgemeinen aber ist das Auge der große Betrüger des Ohs, wie erleben Musik mit doppelten und dreifachen Sinnen. Die Täuschung ist riesengroß und verbeeren die Nacht der Autosuggestionen.

Wie stark wirkt heute schon der Name Gustav Mahler! Die Propaganda wird gefördert, nicht gefördert, wenn man ein so schwaches Jugendwerk wie „Das klagende Lied“ an die Öffentlichkeit zieht. Dieses mühselige Gesanges Schönheits mediet kein Helmbuch. Raum eine Vorahnung der schwerblütigen Melodie, der zarten Orchestermalerei in Viehhäfen, wenig nur von der Interessantheit, der aus Rot zu den roten führenden Ergreiftheit des späteren Meisters. Das Balladeste ertrinkt im Vorhinein, die Details der Rede und der Reflexion sind hart auseinandergerissen, und es bleibt nur eine klagende, bange Stimmung zurück, trüb, nachhallig, ohne Erschütterung. Heinz Unger brachte das Werk, das ihm wohl lieb sein muß, mit gewohnter Genauigkeit und sehr bedachter Verteilung, Abspürung aller Kontraste heraus, zuweilen brutaler, als es dem Stück ansteht. Er konnte mit aller Kunstfertigkeit diese Musik der bunten Lupter nicht retten. Große Chöre waren sachlich aufgebaut, die Solisten unzulänglich bis auf Frau Horst zur Nebenbühlerin. „o Leide weh, o Leide“ gerufen haben. Und hätte heute vielleicht die Partitur zerrissen.

Bei Nikisch begegnen uns zwei Neuheiten, ein Werk und ein Gollit. Gollit war Judith Bokor, eine bisher unbekannt holländische Cellistin. Sie spielte leider des abgestandene Konzert der Literatur, Volkman in A-Moll op. 33. Ihre sehr musikalische Art, auch Almodisches frisch herunterzugeben, ihre vollendete Passagenkenntnis sicherten ihr trotz der Stumpfheit des kleinen Tons einen großen Erfolg. Den hatte die „Sommer-Idole“ von August Reuß nicht. Der erste Satz hat den freundlichen Ton und die Melodie ländlicher Andeutlichkeit, die Variationen des zweiten, langen Satzes hingegen brühen und ermden wie die Sommerhölle,

doch ohne Sonne; kaum, daß man aufwacht, um einen schönen Kontrapunkt zu entdecken. Eine richtige, begabte, inspirationsstrenge Papierarbeit. Nikisch suggerierte durch Emetana (und Beethoven) die Mäßigkeit fort.

Frau Chop-Groenevelt, deren pianistischer Ruf jetzt auch ins Ausland dringt, bewährt sich immer wieder (im Beethoven-Spiel) als Frau von feinem Kunstverständnis und als leitendster Techniker; Beria Laubmann hat schon viel gelernt, ihr Musikizieren verrät Bescheidenheit, die Darstellung klassischer Feinheiten bekommt lebendiges Aussehen. Nur will mir scheinen, als sei die Trefflichkeit noch unvollendet und die Hand zu schwerfällig für Chopinsche Klangbilder. Doch das wird werden. Kreisler verabschiedet sich großzügig; und es ist schwer, seinen Ton, seine menschlich gedaltete Künstlerhaftigkeit für Berlin in Gedanken auszusprechen. Die zarten Kokoloflöschchen führte er in die höchsten Gelände der ersten Kunst und der freudigen Lust. Ihn begleitete der wieder genehne Kaufmann, der nicht nur unser elegantester Accompagnateur ist, sondern der, als führende Persönlichkeit der Münchener Kammermusik-Vereinigung, auch ein nobler, hochachtung gebührender Pianist im Ensemble ist. Ob das Gassenhauerrio Beethovens statt der Klarinette, die nur im Schlusssatz humoristisch wirkt, nicht lieber die Geige bemüht, mag dahingestellt bleiben. Im Quartett der Herren Waghalter, Kolb, Kornfeld, Kraus erklingt zum ersten Male Resplighi's Streichquartett D-Dur, tolkelt im Klang der Instrumente, wirksam in Form und Farbe, nicht sehr himmelstürmend und neu, aber Wagner, Brahms- und Grieg-Still durch bühliche Einfälle und sehr gute Technik in eins bindend. Die Morgenandachten der Waghalter-Deute werden immer prächtiger, ihr Zusammenwirken immer intimer trotz des Raumgigantens. Den klassischen Beethoven meistern sie edel, nur brauchte das Andante des op. 18 Nr. 5 nicht plötzlich in ein Adagio umgebogen zu werden.

Der Singenden sind gar zu viele, und gar zu viele noch ohne Charakter. Man freut sich schon einer guten Stimme, die viel, doch nicht alles bedeutet und nimmt gelegentlich — welche neue Suggestion! — den Genuss eines Werts als Genuss am Mitwirkenden hin. Die Lieber E. W. Sternbergs, von Hugo Wolf kommend und mit eigenem dithyrambischem Pathos nachgedichtet, waren bei Leo Barzinski gut aufgehoben: ein breit ausladender, schöner, männlich starker Bariton, auf dessen Fittichen zarte und dramatische Stimmungen wirkungsvoll hochflogen. Alfred Waldmann bedarf noch der sprachlichen und gefühlvollen Kultur; sein ungeschickter, voluminöser Bass kann Anspruch darauf erheben, ausgebildet zu werden, bevor er der Ver-Älterung unterliegt. Die gute Sätze hat Kara Dupé zwar; aber Kleinheit der Stimme und Insubordination arbeiteten gemeinschaftlich gegen jedes höhere Gefühl des Befriedigtseins. So konnten auch die wertvollsten, mit feinstem Stoff gezeigten Liedern Schattmanns nicht voll zu ihrem Recht kommen. Die Suggestion der Stimme war zu klein.

In den Kammerspielen des Festungsmaus wurde „Das Suppenbuh“ eine Komödie in zwei Akten von Viktor Kuburkin, dem liebenswürdigen Plauderer, aufgeführt. Kuburkin begann sich mit einer ganz kleinen Vorlage, die in den Augen des Epieherd aber auch gar keinen Anlaß zu dramatischer Verwicklung

bietet. Eine alltägliche Angelegenheit und doch ein geschüttelt Roh daß tiefinnerstem Leid. Der Knack Karl auf dem hinterkommenein Gut will die Suppe schon aufessen, die er sich eingebracht hat; er verprügelt seiner Vize, die ein Kind von ihm erwartet, die Heirat. Aber als der Bauer ihm eine Kuh schenken will, wenn er dafür die Grelle nimmt, schüttelt er die Kuh kollektzig ab. Die Grelle ist nämlich ihrerseits von dem Bauern schwanger. Eine ergibt sich endlich in ihr Los, nachdem sie vom Bauern als Schamerjengeld ein lahmes Huhn bekommen hat. Das Heiliche um materielle Güter da, wo es sich um Menschenwürde handelt, die verlogenen schwulstigen Worte eines verkommenen Vafors, der sich für einen guten Christen hält, sind so brutal, daß wir über die Selbstverständlichkeit lachen müssen, mit der diese Gemeinheiten begangen werden. Das Suppenbuh ist ein Stück Leben, ein Trauerspiel, wie es sich tagtäglich abspielt — in der Form einer lustigen Komödie. Die besten Leistungen des Abends waren der Pastor des Wolf Trug und der Rari des Harry Anspach.

Freie Bahn für die Satire! Die vom „Vorwärts“ wiederholt als Mißgriff gekennzeichnete Beschlagnahme der im Wall-Verlag erschienenen Karikaturenmappe von Georg Groß: „Das Gesicht der herrschenden Klasse“ läßt sich jetzt auf. Der Verlag hat sich in einer Beifugung an den preußischen Innenminister gewandt und um Aufhebung der Beschlagnahme gebeten. Wie die PPR hören, beabsichtigt Minister Seering tatsächlich, die durch seinen Amtsvorgänger ausgesprochene Beschlagnahme aufzuheben.

Genosse Seering ist also genau so unzufrieden auf diesem Rückfall in altpreußische Gemohnheiten wie Genosse Röster. In der Tat: Sozialdemokraten anerkennen das Recht des Künstlers auf Satire, selbst wenn sie zur Zielscheibe genommen werden.

Staatliche Fortbildungskurse für Chorbriganten. Die mit vorstehender Epigramme in der Dienstadtgenummer versene Notiz bedarf insofern einer Richtigeitung, daß nicht nur der Deutsche Sängerbund an der Durchführung der Kurse beteiligt ist, sondern auch der Deutsche Arbeiter-Sängerbund. Chorbriganten, die einen dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angehörenden Verein dirigieren und an dem Kurzus teilzunehmen wünschen, betreffen wir auf die in der Januarnummer der „Deutschen Arbeiter-Sängerzeitung“ erscheinende Bekanntmachung.

Der Teufel der Verteidiger. Während es dem Verteidiger Landrus nicht gelungen ist, seinen Klienten vor dem Todesurteil zu bewahren, gelang einem anderen berühmten Pariser Rechtsanwalt Rachaud dieses Kunststück in einem anderen Fall, in dem ebenfalls bei einer Anklage auf Mord die Weiche nicht gefunden worden war. Er suchte nachzuweisen, daß der angeblich Geübte sehr gut nach leben könne und rief aus: „Wenn ich Ihnen sage, meine Herren, daß dieser Mann, den Sie für ermordet halten, nicht tot ist, daß er noch lebt und in unserer Stadt wohnt, nicht nur in unserer Stadt, sondern hier an Ort und Stelle... Sehen Sie, meine Herren, da ist er!“ Und mit erhobenem Arm zeigte er nach der Decke des Saales. Alles blickte empor, und eine Unruhe und Aufregung bemächtigte sich der Richter. Rachaud aber fuhr fort: „Ein einziges Wort, eine einzige Gebärde hat genügt, um in Ihnen den Zweifel zu erwecken. In dem Augenblick, da Sie zweifeln, verbietet Ihnen Ihr Gewissen zu verurteilen.“ Und wirklich wurde der Angeklagte freigesprochen.

Das Polnische Komitee für Oberschlesien hat als Vertretung der Polen in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens einen Aufruf erlassen, in dem nach einigen Ueberlieferungen hinsichtlich der Zahl der bei Deutschland verbleibenden Polen gefragt wird, die Polen Deutsch-Oberschlesiens betrachteten sich von jetzt ab als deutsche Staatsbürger und gaben sich der Hoffnung hin, Gleichberechtigung mit den deutschen Mitbürgern zu genießen. Wir begrüßen diesen Aufruf, der in sozialer Sprache gehalten ist und können die Polen Deutsch-Oberschlesiens versichern, daß die Sozialdemokratische Partei alles daran setzen wird, um das Wort des Reichstanzlers Dr. Wirth, der eine Versöhnungspolitik als die beste Lösung der ober-schlesischen Frage bezeichnet, Wirklichkeit werden zu lassen. Aber zu einer aufrichtigen Versöhnungspolitik gehören zwei. Eine Versöhnungspolitik Deutschlands den Polen in Deutschland gegenüber, setzt voraus, daß die polnische Regierung den Deutschen in Polen gegenüber dieselbe Politik betreibt. Die Rede des polnischen Ministerpräsidenten in Polen entspricht in keiner Weise den Handlungen der polnischen Regierung. Die Vorgänge in Polen und Pommern dürfen nicht verewigt werden. Dazwischen darf nicht Ausbeutungsobjekt der polnischen Politik werden. In dieser Hinsicht dämmen wir noch eine Klärung von polnischer Seite. Um einer beiderseits befriedigenden Lösung der ober-schlesischen Frage willen müssen wir hoffen, daß das befreiende Wort im Laufe der deutsch-polnischen Kommissionsverhandlungen fällt.

Polen und die ober-schlesischen Lehrer.

Deutscher, 7. Dezember. (M.) Die polnische Regierung erteilt folgenden Aufruf an die ober-schlesischen Lehrer und Lehrerinnen: „Diesenigen Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen Oberschlesiens, die in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens in polnische Dienste treten wollen, ersuchen wir umgekehrt, durch den zuständigen Kreisbehörden ihre Bereitwilligkeit zum Uebertritt schriftlich zu erklären und anzugeben, ob sie ihre bisherigen Dienststellen beibehalten oder auf eine andere verlegt werden wollen. Erwünscht ist auch die Angabe aller Befähigungsnachweise und ob der Antragsteller an einer polnischen oder deutschen Schule unterrichten will. Die zuständigen Stellen werden die eingereichten Erklärungen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Schulen beider Nationalitäten und der Befähigung der Antragsteller in Ermüdung ziehen. Das bisherige Verhalten der Geschäftsführer muß jedoch ihre Loyalität als künftiger Beamter des polnischen Staates gewährleisten. Die Regelung der Besoldungs- und Ruhegehalt sowie der Hinterbliebenenversorgung erfolgt nach den zur Zeit der Uebernahme der Verwaltung durch Polen geltenden preussischen Bestimmungen.“

Deutschlands Entwaffnung.

Berlin, 7. Dezember. (M.) Von Politikern und Zeitungen des Auslandes wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die unter der Kontrolle der Interalliierten Kommissionen und auf Grund des Friedensvertrages vollzogene Entwaffnung Deutschlands nur eine scheinbare sei. Demgegenüber geben die nachfolgenden authentischen Zahlen ein umfassendes und genaues Bild darüber, wie vollkommen Deutschland die Abrüstung durchgeführt hat. Der Reichsrechnungsgesellschaft sind bis zu diesem Tage an Kriegsgerät angefallen:

Waffe	gefordert:	nach ungenutzt abgeben	an das Reich abgegeben
Gewehre und Karabiner	5 865 000	5 857 500	11 220
Maschinen-			
gewehre	102 867	102 850	17
Minenwerfer und			
Mohren, solche	28 340	28 340	0
Geschütze u. Mörse			
von solchen	58 900	58 900	0
Patronen	27 640	27 640	0
Scharfe Artillerie-			
geschosse u. Minen	87 400 000	82 000 000	5 400 000
Scharfe Bomben-			
gewehre u. Mörse-			
patronen	15 100 000	14 100 000	1 000 000
Scharfe Mörser-			
handwaffen-	58 000 000	58 000 000	1 400 000
Munition	440 000 000	392 000 000	48 000 000
Flugzeuge	14 000	13 876	4
Flugzeugmotoren	27 995	28 098	8
		8 632	67

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Präsident v. Braun teilt mit, daß mehrere Mitglieder des Reichswirtschaftsrates ihr Mandat niedergelegt haben, darunter der Arbeitnehmervertreter der Seefischerei, Paul Müller, Hamburg. An seiner Stelle ist eingetreten Franz Köhler, Hamburg, ferner der Arbeitnehmervertreter des Kohlenbergbaues Otto Hue und der Vertreter der Bergschaff Dr. Hartmann, Leipzig. Erster Gegenstand der Beratung ist der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. Berichterstatter Bernhard: Die Reparationslasten haben zwar den Kurs der Mark veranlaßt, verschimmert hat ihn aber die Kapital- und Steuerpolitik. Die Einbringung des vorliegenden Gesetzes hat den Markkurs sofort befestigt. Die wahnwitzige Devisenspekulation hat dann solche Bankbrüche zur Folge, wie den der Pfälzischen Bank. Diesem Treiben müssen wir entgegensteuern. Die Regierungsvorlage gab jedem die Möglichkeit, an der Börse zu spekulieren, wenn er nur ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist. Aber die Eintragung macht den Menschen nicht anständig. Außerdem ist sie sehr leicht. Der Ausschuss beantragte daher, dieses Privileg in § 1 zu streichen und statt dessen einen neuen Absatz einzufügen, wonach den eingetragenen Firmen unter gewissen Vorbedingen und Kontrollmaßnahmen auf Antrag das Recht verliehen werden kann, unter Umgehung der Banken Devisen zu handeln. In einer Entschliessung sollen von der Regierung Vorschläge zur Aufrechterhaltung der nationalen Währung verlangt werden.

Oberbürgermeister Kuenzler: Die großen Spekulanten wird man mit diesem Gesetz nicht fassen. Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und die Sparkassen müssen den Banken und Bantiers gleichgestellt werden. Dr. Gräger (Vertreter der deutschen Genossenschaftsbanken): Auch den Kreditgenossenschaften müssen wir die Rechte der Banken einräumen. In seinem Schlusswort tritt der Berichterstatter Bernhard dem Antrage Gräger bei, vermag sich aber nicht für die Gleichstellung der Sparkassen mit den Banken auszusprechen. Das Haus lehnt diese Gleichstellung ab, die übrigen Abänderungsanträge werden angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes. Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes. Hierzu liegen bereits 15 Abänderungsanträge vor.

Das Recht der Landarbeiter.

Im Bundtag wurden gestern die Ausführungsbestimmungen zum Beamtenbeschäftigungsgesetz vom 17. Dezember 1920 nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ferner der Ausschussantrag auf Nachprüfung des Teils II der Ausführungsanweisung vom 21. Januar 1921 über die Verpflegungsgelder der Wartegeld-, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Zugleich wurde eine Reihe von Entschliessungen angenommen, den ehemaligen Hilfs-schulmännern eine bestimmte Zeit als Befoldungsstellenalter anzurechnen, eine Schäbigung der Beamten, die einen doppelten Haushalt führen müssen, zu vermeiden usw. Hierauf verabschiedete das Haus die Resolution zum Beamtenbeschäftigungsgesetz gleichfalls unverändert nach den Ausschussbeschlüssen. Es folgt die Beratung der Ausführungsanweisung zum Volksschullehrerbeschäftigungsgesetz vom 17. Dezember 1920. Die Ausführungsanweisung wird dem Ausschussantrag gemäß angenommen, ebenso eine Reihe von Anträgen über Kinderbeihilfen, Teuerungszuschläge usw. Hierauf wird die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Schlange (Dnat.): Wenn der Minister von seinem Programm abweicht (Zuruf links: Behe! Behe!), so kündigen wir scharfste Gegenwehr an. Abg. Schöler (Dsp.): Auch die Reste der Zwangswirtschaft müssen im kommenden Geschäftsjahr beseitigt werden. Natürlich gibt es auch unter den Landwirten Lumpen wie in jedem Stande. Die landwirtschaftlichen Organisationen werden jeden Landwirt, der muckert, der Strafgerechtigkeit übergeben. (Beifall.) Wir fordern

rücksichtslosste Anwendung der Wucherparagrafen, strengste Grenzkontrolle, Anweisung an die Börsen, auf unlaute Manipulationen besonders zu achten usw. In Ralmedy besteht eine Branntweinfabrik. Durch ihre Vermittlung wird alles möglich, was wir dringend brauchen, ins Ausland verkauft. (Hört, hört!) Nach der Schweiz sind mehr als 1000 Waggons deutsche Kartoffeln verschoben worden. (Hört, hört!) Fleischpreise und Viehpreise stehen in keinem Verhältnis, der Fleischhandel verdient ungeheure Summen. Das Stiehlungsprogramm des Landwirtschaftsministers unterstützen wir. Abg. Schulz-Kelldin (Komm.): Die Hebung der Lage der Landarbeiter hebt auch die Produktion. Redner geht auf die ständische Behandlung der Landarbeiter ein, verlangt in dieser Hinsicht bessere und freiere Zustände, Durchführung des Betriebsrätegesetzes auf dem Lande und Auflösung der Technischen Reichsanstalt.

Abg. Klausner (U. Soz.): In der Nähe von Berlin liegen Hunderte von Morgen Land brach. Es wird so viel von den Genossenschaften geredet, aber auch die Genossenschaften selbst treiben Wucher. Blätter landwirtschaftlicher Organisationen rufen zur Zurückhaltung des Getreides, damit kein Preisbruch erfolgt. Und der Brandenburgische Landbund ruft gar zum Hungerstreik auf, wenn der Staat der agrarischen Profligator keine Zugeständnisse macht. Abg. Westermann (Dem.): Auch wir beurteilen die Fälle von Profligator und unsozialem Verhalten gegen die Arbeiter in der Landwirtschaft.

Die Nachsitzung.

Um 7¼ Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen und die Debatte über den Landwirtschaftsrat fortgesetzt. Abg. Wende (Soz.): Wir sind der Auffassung, daß die hier behandelten Fragen durchaus auch vom politischen Standpunkt aus betrachtet und bewertet werden müssen. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Kreise kann sich nur schwer an die neuen Verhältnisse gewöhnen. Und doch ist das notwendig und das Notwendige sollte rascher verstanden und befolgt werden. Der Landwirtschaftsminister betonte die Wichtigkeit der Arbeiterfrage in Debatte über den Landwirtschaftsetat fortgesetzt.

für die Umstellung.

Wir betonen nochmals demgegenüber, die Umstellung ist nur möglich, wenn die Arbeiter auf dem flachen Lande sich halbwegs wohlfühlen. Viel liegt hier im Argen. Die Arbeitgeber, die in der Wohnung und in der Tariffrage sowie auf dem Gemüsen haben, werden hier noch besonders in Schutz genommen. Als wir im Hauptausschuss den Antrag stellten, auch für die Arbeiterwohnungsfragen draußen auf dem Lande die Mietereinstimmung zu schaffen, ging rechts ein Sturm der Entrüstung los. Und doch sollte nicht vergessen werden, daß viele Arbeitgeber die Wohnungsfrage als Druckmittel benutzen. Wenn Sie (zur Rechten) den Wirtschaftsrieden wirklich wollen, dann schaffen Sie Verhältnisse, die die Arbeitgeber zwingen, mit den Landarbeiterorganisationen zusammenarbeiten. Für die Technische Reichsanstalt auf dem Lande haben wir nicht viel übrig und verlangen, daß sie nicht als Streikbrecher herangezogen werden darf. Den Herren auf der Rechten, die sich heute so sehr für das Koalitionsrecht der Arbeiter begeistern, rufen wir zu: Laßt die Landarbeiter nur ihr Koalitionsrecht so aufpassen, wie sie es selbst aufpassen wollen und nicht, wie es der Arbeitgeber gerne verstehen möchten. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft läßt sich sehr gut regeln. Es ist kein Grund, von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen. Nur ein Teil der

landwirtschaftlichen Arbeiten kann als lebensnotwendig angesprochen werden, nicht der landwirtschaftliche Betrieb überhaupt.

Das Arbeitsrecht der Landarbeiter

müßte baldigt neu geordnet werden und die Staatsregierung sollte in dieser Hinsicht bei der Reichsregierung Schritte unternehmen. Abg. Christian (Dnat.), Abg. Schmidt-Rohlsberg (Z.), Abg. Beise (D. Sp.) und Abg. Jürgensen (U. Soz.) nehmen Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Mit der Frage der Errichtung einer Landwirtschaftskammer für die Grenzmark wird sich das Staatsministerium in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Die Abstimmung über den Etat und die Anträge zu ihm erfolgen am Freitag. — Das Haus tritt sodann in die zweite Beratung des

Haushalts der Bergbau-, Hütten- und Salinenverwaltung ein. Verbunden damit wird die Beratung des Antrags Braun (Soz.) über die Stilllegung der Zeche Maximilian und die allgemeine Stilllegung von Bergwerksunternehmungen, ferner die große Anfrage Kaufmann (Soz.) über die Stilllegung der Zeche Maximilian bei Hamn und schließlich die große Anfrage Otter (U. Soz.) über die Stilllegung der Zeche Bergmann bei Witten.

Handelsminister Siering:

Trotz aller Widerwärtigkeiten hoffen wir, daß ein Weg zur Gesundung und aus der Misere herausgefunden wird. Alle Volksschichten müssen sich dabei vergegenwärtigen, daß sie sich vieles versagen müssen. Reichs- und Staatsregierung sind sich darüber klar, daß ein erster Winter bevorsteht. Die Arbeitsfreudigkeit hat sich gehoben, allein sie kann nur bestehen, wenn das Volk die Möglichkeit zum Leben hat. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich zum Wiederaufbau Deutschlands zusammenschließen. (Zustimmung links.) Den Gewerkschaften aller Richtungen liegen schwere Aufgaben bevor. Die Bergarbeiter haben bereits und die Metallarbeiter werden in diesen Tagen zu diesen Aufgaben Stellung nehmen.

Der Gesetzentwurf für das Berufsschulwesen

wird dem Hause in nächster Zeit zugehen. Wir brauchen zum Wiederaufbau Arbeitergeber wie Arbeitnehmer, die volkswirtschaftlich geschult sind. Nur Qualitätsarbeit kann Deutschland über Wasser halten. Diese ist nur möglich, wenn die Intelligenz der Arbeiter und die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der Arbeitgeber sich vereinen zu gemeinsamer Arbeit. Eine drohende Krise der Erwerbslosigkeit wirft ihre Schatten bereits voraus. Ihr gilt es vorzubeugen. Der Ausbau der Berufsmittel und der Ausbau der Berufsträger ist ungeheuer wichtig und notwendig. Dringend erforderlich ist auch eine vernünftige Wärmewirtschaft. Das Kleinhandwerk befindet sich in schwerer Notlage. Der Staat muß ihm entgegenkommen. — Der Minister beschließt sich nun mit dem Schaden, den

der Ausgang der ober-schlesischen Frage

für Deutschland gebracht hat. Er bringt über diesen Schaden reiches statistisches Material. Hierauf geht der Minister zu einer kurzen Skizzierung der Lage der Kohlenproduktion über. Erfreulicherweise, so fährt er fort, ist die Kohlenproduktion im Vergleich zum Vorjahre gestiegen. Gleichwohl ist der Friedensstand noch nicht erreicht und die Kohlenmenge noch immer zu knapp. Die künftige Entwicklung der Kohlenversorgung hängt davon ab, ob uns weiterhin ober-schlesische Kohle genügend zur Verfügung steht. Ist das nicht der Fall, dann droht der Industrie eine große Betriebseinschränkung. Eines steht fest: die Kohlenmenge muß darauf verzichtet, monatlich 2 Millionen Tonnen von uns zu verlangen. Die Leistungen der Bergarbeiter sind gestiegen, allein die Vermehrung der Kohlenmenge dauert nur langsam vorwärts. Viele Hochöfen sind bereits ausgeblasen. Es ist zu hoffen, daß wir über die zwei wichtigsten Punkte in der Frage der Kohlenversorgung zu einem halbwegs erträglichen Resultat gelangen bezüglich der Waggengestellung und der

Ernährung der Bergarbeiter.

Im Augenblick macht die Ernährung der Arbeiter im Westen große Sorge. Die Kartoffeln sind bedrohlich. Die Preise sind schamlos hoch. So wurde dieser Tage in Essen der Zentner Kartoffeln zu 150 R. verkauft. Das ist schämlicher Wucher, gegen den eingeschritten werden muß. Die Staatsbetriebe müssen zweckmäßig und rationell ausgebaut werden. Das Reichsnahrungsgesetz soll am 1. April in Kraft treten. Die Einbringung einer Vorlage über die Neugestaltung der Betriebe der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen noch in diesem Jahre wird nicht möglich sein. Anlässlich der Besprechung des Grundbesitzgesetzes wurde die Schaffung eines Grubenversicherungsamtes gefordert. Dieses Grubenversicherungsamt soll so schnell wie möglich errichtet werden. Denn trotz aller Kosten muß uns das Leben der Arbeiter in den Gruben teuer genug sein, um alles zu versuchen, Schutz und Sicherheit zu schaffen. Erst jetzt wieder zeigt uns das Explosionsunglück im Saarrevier aufs neue, daß die Bergleute jeden Tag ihr Leben demütigen. Die Staatsregierung hat nicht nur sofort dem Saarrevier ihr Beileid, sondern auch zugleich 300 000 R. zur Linderung der ersten Not überwiesen. (Beifall.) Das Haus vertagt sich nun nach der Programmrede des Ministers auf Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Rest von heute. Fortsetzung des Bergsetats. Abstimmung über den Landwirtschaftsetat. — Schluß gegen 10 Uhr.

entschieden, daß ihnen der behördliche Charakter zu geben sei. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß der Arbeitgeber bei Ausbruch oder Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung dem Nachweis Anzeige erstatten muß. Der Nachweis soll Arbeitssuchenden davon Kenntnis geben und ihnen Arbeit nur vermitteln, wenn sie es verlangen. Den Rechts- und Benutzungsorganen haben die Arbeitgeber selber abgelehnt. Ein derartig lukratives Gesetz ist von zweifelhaftem Wert. Das bitte ich bei der Abstimmung über die wieder eingebrachten Anträge zu bedenken. Es soll ein einheitliches Arbeitsvermittlungsgesetz geschaffen werden, Abweichungen von rechts oder links dürfen nicht möglich sein.

Oberbürgermeister Voltz-Frankfurt am Main (Arbeitgebervertreter der hiesigen Betriebe): Die Vereinfachung der Arbeitsnachweise darf nicht zu schnell und nicht zu schnell durchgeführt werden. — Darauf wird die allgemeine Aussprache abgebrochen. — Es folgt die Beratung der Aufhebung vorübergehender Sozialerleichterungen. Ballein (Konsumgenossenschaften): Nie ist ein Gesetz vorgelegt worden, bei dem die wirtschaftliche Lage so wenig berücksichtigt worden ist, wie bei diesem Entwurf. Der Bericht des Ausschusses, der die Aufhebung ablehnt, wird einstimmig angenommen.

Biersteuererhöhung und Arbeiterschaft. Im Reichstagsauschuss für Verbrauchssteuern wurde in erster Lesung eine Biersteuererhöhung auf das Bierfache des bisherigen Satzes angenommen. Das Reich hat 10 Proz. der Eiträge an die Gemeinden abzuführen. Auf sozialdemokratischen Antrag hin hat für den Fall, daß Arbeiter oder verheiratete angestellte Angehörige eines Brauereibetriebes dadurch beschäftigungslos werden, daß die Rundschick ganz oder teilweise auf eine andere Brauerei übertragen wird, der Übertragende Brauereibetrieb ihnen den entstehenden Einnahmeverlust für die Dauer von 26 Wochen zu ersetzen.

Gewerkschaftsbewegung

Streik im Hochbahnbetrieb.

Der Streikbeginn am Freitag geplant.

Vor dem Reichsarbeitsministerium wurde am 3. Dezember nach mehrstündigem Verhandeln folgende Vereinbarung getroffen:

1. Als Wirtschaftsbeteiligte werden gezahlt: 150 M. für das männliche und weibliche Personal und 75 M. für die in der Werkstatt beschäftigten Jugendlichen. Auf die jetzt bestehenden Löhne und Gehälter wird für den Monat Dezember ein Zuschlag für Handwerker von 2,70 M., für angelernte Arbeiter von 2,50 M., für Arbeiter von 2,40 M. und für Arbeiterinnen von 1,70 M. pro Stunde gezahlt. Der Nachtzuschlag wird um 0,10 M. erhöht. Bei jugendlichen Arbeiterinnen betragen die Zulagen 0,85 M. für die Lohnstunde. Das männliche Betriebspersonal erhält 510 M., das weibliche 410 M. pro Monat Zuschlag. Die Tätigkeitszulagen werden erhöht für Zugprüfer um 3 M., für Zugfahrer, Weichensteller, Bahnhofswarte und Straßenbahnfahrer um 2 M., für Zugbegleiter, Blockwärter und Straßenbahnschaffner auf 1,25 M. für die Dienstschicht. Fahrkartenausgeberinnen erhalten monatliche Verkaufsprämien von 12, 15 und 20 M. Im Reservendienst von 35 M. monatlich. Die Höchstlöhne für das Schaffnerpersonal werden in Zukunft in vier Jahren erreicht, und zwar werden zugelegt nach jedem der ersten drei Jahre 10 M., nach dem vierten Jahr 20 M.

Zu dieser Vereinbarung nahmen am 4. Dezember in der Brauerei Königsplatz die Funktionäre, später in einer Volldersammlung die Gesamtbelegschaft Stellung. Nach heftiger Debatte, worin alle Redner gegen die Vereinbarung sprachen und für unbedingtes

Feilhaken an der Forderung von 3,50 M. für die Stunde aufforderten, wurde eine Urabstimmung im Betriebe beschlossen. An der Urabstimmung am 6. Dezember beteiligten sich bei einer Gesamtbelegschaft von 2960 Beschäftigten 2525; davon stimmten für den Streik 2246, dagegen 275 unglücklich waren 4 Stimmen. Da sich mindestens drei Viertel der Beschäftigten für den Streik erklärt haben, ist derselbe beschlossen.

Die Gewerkschaften, Betriebsräte und sonstigen Funktionäre haben sich am Dienstagabend mit dieser Situation befasst und beschlossen,

wenn nicht weitere Zugeständnisse gemacht werden, alle Vorbereitungen zu treffen und den Streik am Freitag eintreten zu lassen. Dies zur Kenntnis des fahrenden Publikums.

Die bestehenden Löhne und Gehälter sind in Anbetracht der großen Teuerung äußerst gering. Sie betragen für das Betriebspersonal im Grundgehalt 1275 M., steigend pro Jahr um 10 M. und erreichen nach sechsjähriger Dienstzeit 1325 M., dazu kommt für die Gruppe Zugfahrer, Weichensteller und Straßenbahnfahrer eine Tätigkeitszulage von monatlich 39 M., für Zugbegleiter, Blockwärter, Straßenbahnschaffner eine solche von 19,50 M. monatlich. Fahrkartenausgeberinnen erhalten monatlich 1000 Mark, steigend pro Jahr um 10 M. und erreichen nach sechsjähriger Dienstzeit 1050 M. Dazu werden Verkaufsprämien von 9, 12 und 15 M., im Reservendienst von 30 M. gezahlt. Diese Verkaufsprämien erhalten nicht alle Fahrkartenausgeberinnen, sondern nur die, die eine festgelegte, ziemlich hohe Summe für verkaufte Fahrkarten erreichen.

Vom technischen Personal bezieht der Handwerker 6,90 M., der angelernte Arbeiter 6,70 M., der ungelernete Arbeiter 6,60 M. für die Lohnstunde. Nach einem Jahr erhöht sich der Lohnsatz um 10 Pf. für die Stunde. Kinderzulagen werden für alle Gruppen gewährt, und zwar 75 M. für den Monat.

Mit der Vereinbarung kann sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben. Sie bleibt immer noch weit hinter den Löhnen der Industrie sowie den ihrer Berufskollegen bei der Stadt Berlin zurück. Die Direktion lehnt die Lohnpolitik der Stadt Berlin, wie sie sich ausdrückt, ab und stützt sich, da es ihr angenehmer ist, auf die des Reichs. Wer aber die Lohnverhältnisse der Arbeiter des Reichs der untersten Gruppen kennt, der weiß, daß mit diesen Löhnen nicht zu leben ist. Darum lehnen die Hochbahner die Lohnpolitik des Reichs auch mit den vielen Staffeln ab.

Schon heute erklären die Hochbahner in aller Deffentlichkeit, daß sie nicht in den Streik treten des Streikes willen, sondern daß sie durch die Not dazu gezwungen werden, um leben zu können. Nach wie vor sind sie zum Frieden bereit, aber auch, wenn es sein muß, zum Kampf entschlossen.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Aufnahme dieses Artikels gebeten.

Deutscher Verkehrsbund.

Die Direktion der Hochbahngesellschaft

sendet gleichzeitig der Presse eine Darstellung des Konflikts, worin sie folgendes erklärt:

„Die Hochbahngesellschaft, die ihre Ausgaben im wesentlichen durch die von den Fahrpreisen abhängigen Einnahmen zu decken genötigt ist, sieht sich ganz außerstande, die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes um 3,50 M. zu zahlen. Der im Schlichtungsausschuß vereinbarte Zuschlag von 2,50 bzw. 2,70 M. für die Stunde geht weit über die bei der Reichseisenbahn bewilligten Lohnsätze hinaus und entspricht der Stundenzulage, die färglich in einem anderen Schlichtungsverfahren von der Stadt Berlin für ihre Ar-

beiter für den Dezember bewilligt worden ist. Nach den Zugeständnissen der Gesellschaft würden im Monat Dezember ein Handwerker mit einem Kind 2093 M., ein Zugfahrer 2012, eine Fahrkartenausgeberin durchschnittlich 1460 M. erhalten; hierzu käme noch die einmalige Zahlung von 150 M.“

Die Hochbahngesellschaft wird sich wohl oder übel damit vertraut machen müssen, über ihre Zugeständnisse hinauszugehen, da die Lebensmittelteuerung darüber hinausgegangen ist. Der heutige Tag ist noch lang genug, um eine Verständigung herbeizuführen, die ja auch dann herbeigeführt werden müßte, wenn der Streik erst eingesetzt und beide Teile geschädigt hat.

Noch ist es Zeit!

Arbeiterforderungen in der chemischen Industrie.

Eine Versammlung der Funktionäre der chemischen Industrie, bei der alle dem Chemiekartell angehörenden Organisationen vertreten waren, tagte am Dienstag im Dresdener Kasino. Dertin berichtete über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, die die Erreichung einer tariflichen Zulage für die Zeit der noch laufenden Tarifvereinbarung zum Zweck hatten. In Uebereinstimmung mit dem Chemiekartell wurde die Erhöhung der Stundenlöhne um 3 M. (rückwirkend ab 1. November) gefordert. — Sowohl bei einer unverbindlichen Vorrede, als auch in der Verhandlung vor dem Bezirksfachlichungsausschuß boten die Unternehmer lediglich eine Erhöhung der Familienzulage um 100 Proz., während die Verhandlungskommission bei der gestellten Forderung verblieb. Der Bezirksfachlichungsausschuß kam zu keinem Spruch, da die Auffassung der Arbeitgeberbeisitzer von der der Arbeitnehmerbeisitzer zu sehr abwich. So war man gezwungen, den Zentralfachlichungsausschuß anzurufen. Dieser wird Donnerstag zusammenzutreten. Die Funktionäre werden deshalb zu Freitag 8 Uhr nach dem Gewerkschaftshause erneut zusammenberufen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde ein Antrag, eine Ausgleitssumme von 2000 M. zu fordern, abgelehnt. Es bleibt also bei den aufgestellten Forderungen auch für die Verhandlung vor dem Zentralfachlichungsausschuß.

Der Vorst. selber ist zum 1. Januar gekündigt, so daß noch im Laufe des Dezember neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern für die Zeit nach dem 31. Dezember stattfinden werden.

Der ortsbüchliche Tagelohn für Berlin.

Auf Grund der Reichsversicherungsordnung wird der Ortslohn — das ortsbüchliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner — für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin wie folgt festgesetzt: Für männliche Personen über 21 Jahre 20 M., von 16—21 Jahren 18 M., von 14—16 Jahren 14 M.; für weibliche Personen über 21 Jahre 18 M., von 16—21 Jahren 13 M., von 14—16 Jahren 10 M. Diese Festsetzung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

Der GdM. als Tarifkontrahent.

Wenn man diesem Gewerkschaftsbund der Angestellten nachsagte, er kümmerge sich nicht um die Durchführung der von ihm abgeschlossenen Tarifverträge, so wäre dies ein schwerer Vorwurf. Was aber soll man dazu sagen, wenn diese Ausführganisation nicht einmal die Tarifverträge einhält, die sie mit ihren eigenen Angestellten abgeschlossen hat? Der GdM. hat für seine Angestellten einen Haustarif, der den Angestellten volles Mitbestimmungsrecht zusichert, u. a. auch bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen. In der Zeit von August bis September beschäftigte der GdM. einen sozialpolitischen Mitarbeiter. Er erkrankte, weshalb der GdM. das Dienstverhältnis löste, ohne die Angestelltenvertretung wegen der Kündigung zu befragen. Der Vorstand des GdM. behauptete im Laufe dieses von ihm herbeigeführten Tarifstreiks, daß das im Tarifvertrag vorgesehene Schiedsgericht zuständige sei. Doch weigert er sich, seine Beisitzer zu diesem Schiedsgericht zu ernennen. Es ist aber nicht das erste Mal, daß der GdM. sich seiner Angestellten in solcher Weise entledigt (Vgl. den Fall Gullnick) und sich um seine Verpflichtungen herumdrückt. Der entlassene Angestellte klagt jetzt auf Gehaltszahlung für die Monate Oktober, November und Dezember im Betrage von 5250 M. und will auch für das kommende Vierteljahr diesen Betrag einlagern, da auch jetzt der Betriebsrat der Entlassung noch nicht zugestimmt hat. Die Sache beschäftigt jetzt den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin und das ordentliche Gericht.

Die Gewerkschaften für die Beamten.

Der Christlich-Nationale Deutsche Gewerkschaftsbund teilt uns mit, daß er entgegen der einseitigen Bemerkung im „Vorwärts“ Nr. 574 zu den neuen Forderungen der Beamten, er sei diesen Forderungen nicht beigetreten, dieselben unterstützt. Er habe an der Beschlußfassung darüber im Gebäude des Deutschen Beamtenbundes teilgenommen, im Anschluß an die Beratung die Eingabe unterzeichnet und die Erklärung abgegeben, daß er die Aktion mit den anderen Spitzenorganisationen gemeinsam durchzuführen will. Wahrscheinlich liegt hier eine Verwechselung mit einer anderen Organisationsrichtung vor. Wir werden bemüht sein, den Sachverhalt klarzustellen.

Aufertariffliche Lohnzulagen für Mineralwasserarbeiter.

Infolge der sprunghaftesten Verteuerung sind dem Verband Berliner Mineralwasserfabrikanten vom Transportarbeiterverband neue Lohnforderungen für die Arbeiter, Arbeiterinnen und Aufsicher eingereicht worden. Es wurde auf alle bis zum 31. Dezember geltenden Löhne

ein Zuschlag von 150 M. pro Woche und ein Vorstoß von 500 M. gefordert. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, über eine aufertariffliche Lohnzulage zu verhandeln. Ueber das Ergebnis der Verhandlung berichtete als Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes der Angestellte F. Liebenow in einer am 5. d. M. stattgehabten Versammlung der Arbeitnehmer. Der Vorstoß der Arbeitgeber, auf alle Löhne einen Zuschlag von 50 M. pro Woche zu bewilligen, wurde von der Lohnkommission als zu gering einstimmig abgelehnt. Nach weiteren Verhandlungen wurden für alle über 18 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen 100 M. und für die jugendlichen 75 M. pro Woche vom 1. Dezember 1921 ab zugestanden. Da auch diese Zuschläge die Arbeiter noch nicht befriedigten und höhere Lohnzuschläge nicht zu erreichen waren, wurden die Verhandlungen mit dem Hinweis, eine andere Instanz zur Entscheidung eventuell anzurufen, abgebrochen. Die Diskussion über die Vorschläge der Unternehmer war sehr lebhaft. Es wurde beschlossen, das Angebot der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die im allgemeinen nicht günstige Lage des Gewerbes ausnahmsweise anzunehmen. Gedruckte Exemplare über die Lohnsätze sind im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Zimmer 38, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Aktion, Zimmerer!

Heute nachmittag 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 3: Baudelegierten-Versammlung. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage ist es unbedingt erforderlich, daß alle Vertrauensmänner sowie Betriebsräte des Hoch- und Tiefbaus sowie der Fabrikbetriebe bestimmt vertreten sind. Freitag Nachtstundenversammlung. (Liebe Inserat.) Der Vorstand.

700 000 Mitglieder

zählte der Verband der Fabrikarbeiter im Monat November. Falls nicht inzwischen auch die übrigen vier dem Metallarbeiterverband an Mitgliederzahl folgenden Verbände mit über 500 000 Mitgliedern einen wesentlichen Zuwachs erfahren haben, dann ist der Fabrikarbeiterverband damit von der dritten an die zweite Stelle gerückt. Sein Rekrutierungsgebiet ist noch längst nicht abgeschlossen, so daß er es noch bis zur Million an Mitgliedern bringen kann, wozu wir ihm besten Erfolg wünschen.

Friedensbedürfnis der Unternehmer in Rheinland-Westfalen.

Aus Düsseldorf wird berichtet: In der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereines Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurde die Notwendigkeit einer allgemeinen Verständigung an Stelle der bisherigen Fortsetzung des Kampfes der Klassen nachgetrieben. Die Entwicklung des Arbeitsganges der rheinisch-westfälischen Industrie und die politischen Begleitumstände führen zu dieser Forderung der Verständigung. Es war schon immer so: Wenn das Rind in den Brunnen gefallen ist, bedt man den Brunnen zu. Warten wir ab, wie sich dieses Friedensbedürfnis bekundet und wie lange es dauert.

Der Achtstundentag in Südschweden.

Der gesetzgebende Ausschuß des Schwedischen Parlaments trat in die Prüfung der Regierungsvorlage über das Achteinstundentage ein. Der Entwurf sieht eine Revision des bisherigen allgemeinen Achtstundentages vor. In den großen Industrien und in Betrieben mit über 50 Arbeitern soll die achtstündige Arbeitszeit auch weiterhin bestehen bleiben. Es kann jedoch durch einen in geheimer Abstimmung mit Vierfünftelmehrheit zustande gekommenen Beschluß die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden. In diesem Falle wird die eine Stunde als Ueberstunde besonders vergütet.

Abbruch des hessischen Bergarbeiterstreiks.

Die Bergarbeiterverbände fordern ihre Mitglieder auf, zur Arbeit zurückzukehren, und erklären, daß die gegenwärtige Beilegung des Konflikts nur für zwei Monate gelte. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Bergarbeiter mit neuen Forderungen an die Unternehmer herantreten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche Leitergerüstbau- und Wegarbeiter. Freitag nachm. 5 Uhr im Lokal von Leng, Charlottenburg, Tegeler Weg 77, Beachenversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heute Donnerstag, den 8. Dezember:

Sozialistische Elternbeiräte. Abends 8 Uhr im Klassenraum (Untersekunda) des Gymnasiums, Steglitz, Desebrotstr. Vortragabend des Genossen Dr. Krinke über „Sozialistische Weltanschauungsfragen“.

Schülerverband der Schwedischen, 6 U. Abends 7 1/2 Uhr, Reus-Philharmonie, Rönnecker Str. 56, Vortrag: „Neuere Methoden im Absehanunterricht“, Gäste willkommen.

Gesellschaft für Volksbildung. Abends 8 1/2 Uhr. Prof. D. Doeniger spricht im Salsaal 128 der Universität über „Welfriede und Sozialdemokratismus“.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Um 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Schiedsche, Oberkaufstraße, Rinnstr. 2-3. Es sprechen Dr. Kurt Hiller über „Revolutionären Sozialismus“ und John V. Fischer von der Quänterkommission über „Die englischen Kriegslöhnerverweigerer“.

Morgen Freitag, den 9. Dezember:

Walla-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin, F. v. a. G. Abends 7 Uhr im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen (Rönninger), öffentlicher Vichtbildervortrag über die Feuerbestattung ein- und zelt. Anhänger der Feuerbestattung aus Parteien und Gewerkschaften sind freunlichst eingeladen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Abends 7 Uhr spricht Max Reichler im Bürgeraal des Rathauses Berlin über „Wismars 1. Band“.

Berliner Arbeiter-Verband „GdM“. Abends 7 1/2 Uhr in der Hofbräumerstr. 2-3, außerordentliche Generalversammlung.

Reichsbereinigungschem. Kriegsgesangerver. Gruppe Kochen 2. Sitzung mit Damen abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Berolina-Geistliche“, Schönhauser Allee 24.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Pfeiffer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöckel, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einbinder: J. Dierks eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Zeitung“.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl — Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell- und dunkelgemusterten Plüsch, Homespun- und Diagonalstoffen **700⁰⁰** M. 800

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen M. 1800, 1600, 1200, 1000 **900⁰⁰**

Winter-Paletots aus vorzüglichen Marengo- und schwarzen Stoffen . . . M. 1350, 1200, 1000, 900 **800⁰⁰**

Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, interieur- und Sportform M. 600, 500, 450, 350, 250 **175⁰⁰**

Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschl. und mit Füssen, in guten Qualitäten M. 1200, 900, 750, 650, 450 **350⁰⁰**

Pelzjoppen von M. **375⁰⁰** an

Fahrpelze für Chauffeurs, Landwirte und Wächter von M. **400⁰⁰** an

Ulster aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig M. **400, 350 285⁰⁰**

Herren-Westen mit Aermeln, mit Kapok wärtert gegen sibirische Kälte M. **65⁰⁰**

Knaben- und Jünglings-Ulster in allen Fassons zu mäßigen Preisen

Knaben-Anzüge in verschiedenen Fassons u. Qualitäten M. 200, 150 **120⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in neuesten Fassons und Farbenstellungen . . . M. 750, 600, 425, 450 **350⁰⁰**

Burschen-Anzüge Jacket-Sportform in vielen guten Qualitäten . . . M. 650, 550, 450, 350 **270⁰⁰**

Geh- und Sportpelze

Jackett-Anzüge aus guten blaugr. Stoffen, gestreift und soderfarbig hergestellt M. 600, 600 **450⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun M. 1500, 1350, 1200, 1000 **690⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammergarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbig M. 1500, 1350, 1200, 1000 **900⁰⁰**

Sport-Anzüge aus prima Loden- u. Homespun-Stoffen, mit Breeches-Hosen M. 1000 **850⁰⁰**

Sport-Hosen Breechesform, aus gut. Loden und Homespun . . M. 250, 200 **150⁰⁰**

Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten ansehend mit M. 325, 265, 220, 170, 150 110 **70⁰⁰**

Engl. Offiziersmäntel in braun- oder rot-rot-rot-rot, aus dicker, weicher, wasserabweisendem Wolle mit weichen Lathfütter M. **575⁰⁰**

Amerikan. Mäntel in braunem. Farbe, erstklassig. Fabrikat, hoch- und rüfrel . . . M. **250⁰⁰**

Anzüge dreiteilig aus sehr haltbaren Stoffen M. **400, 300 200⁰⁰**

Herren-Litewken aus Buckskin Aermel gefüttert M. **180, 125 110⁰⁰**

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Das Leihhaus im heutigen Berlin.

Rückgang der Verpfändungen. — Zunahme der Pfandentlohnungen.

Wenn einer in Not gerät und sich mit anständigen Mitteln daraus befreien will, so wird er zunächst versuchen, überflüssige Gebrauchsgegenstände zu verkaufen.

Das wichtigste und bemerkeenswerteste ist das Staatliche Leihhaus in der Jägerstraße. Sucht man es — und wenn man es aus Not und Zwang aussucht, tut man es immer bekommen Herzens —, so ist das Äußere nicht gerade dazu angetan, hoffnungstrotze Gefühle zu erwecken.

Der leere Versahraum.

Der äußere Eindruck verwischt sich jedoch sehr schnell, wenn man das Innere des Gebäudes betritt. Das ganze Treppenhaus glänzt geradezu in einem hellen freundlichen Linschick und ein prächtiges altes Barockgelande geleitet der Fremdling in das obere Stockwerk.

Das Riesenlager der kleinen Wäschepakete.

Im Saal konnten wir einen schnellen Blick über alle die Dinge tun, deren sich die Menschen, von Rot bedrängt oder leichtfertig wie sie nun sind, für einige Zeit entäußert haben.

Ein Blick aus den Fenstern enthüllt ein freundliches und anheimelndes Hofbild, das sich besonders im Frühling und Sommer erfreulich gestalten mag.

Von der Jägerstraße aus geht es gen Norden, die schmale und manchmal richtig kleinädtlich anmutende Linienstraße entlang bis zu deren Nummer 98, wo sich eine Zweigstelle des Staatlichen Leihhauses erhebt.

Raum, der der Wiedereinlösung der Pfänder gilt, staut sich das Publikum in Massen.

Leihhauskonjunktur und Valuta.

Im kommunalen Leihhause zu Neukölln, Donaustraße 30, war das Bild ähnlich wie in der Linienstraße. Wenig Leute, die verkehren, viele die einlösen. Nach den in den genannten wie auch in einigen privaten Leihhäusern eingeholten Auskünften gelangt man in der Tat zu dem Schluß, daß allgemein heute mehr eingelöst als verkehrt wird.

Das Leihhaus als Wohlfahrtseinrichtung.

Die Verkehrs- und Verpfändbedingungen sind bei dem staatlichen wie bei den städtischen Leihhäusern, bis auf kleine Abweichungen, dieselben. Dabei ist zu beachten, daß diese öffentlichen Leihhäuser im Grunde genommen Wohlfahrtseinrichtungen sind, die, um der Not zu steuern, ohne großen Eigenerdienst arbeiten.

Faulendes Obst.

Was heute noch verkauft wird.

Bei dem wasserwarmen Wetter, das die Straßen um die Zentralmarkthalle herum zum Meerost werden läßt, hat man so einen ganz besonderen Blick für die Abfälle von Gemüse und Obst, die sich bei der nassem Wärme besonders häufig ansammeln.

Kolonisten aus Welfschmerz

Von Wilhelm Rhenius.

Armes Frauchen! Sie ist sehr zerstoßen und hat sich den Kopf zum Schutz gegen die Blutlauge so eingewickelt, daß nur die Nase hervorguckt.

Der Doktor streckt sich nach dem Essen in einer Ecke zum Schlaf aus und läßt bald trotz aller Versuche der Stechfliegen, ihn wach zu halten. Wie beneide ich ihn um diese Fähigkeit!

Nachdem Frau Luisa aufgeräumt hatte, kamt sie in einem kleinen Kasten und bringt mit einem verschämten Lächeln und einem vorsichtigen Blick auf ihren prasselnden Gatten die Nequisiten zu einem Rate heraus.

Am Abend kommt Pedro zu Pferde an, das unfrige am Halfterband. Wir sitzen bis in die Nacht ums Feuer herum und bauen an dem Haus herum, das werden soll.

6. Der 13. September.

Eine rege Bautätigkeit entfaltete sich. Zunächst wird ein provisorisches Stützküchen, mit Polmblättern gedeckt, als Schlafquartier für die Männer errichtet.

den Bau eines Hühnerstallchens aus eigener Initiative ohne Pläne. Ich schlage vor, Pedro zu konsultieren, aber der Doktor meint, man solle sich lieber gleich auf eigene Füße stellen.

Dann versuche ich mein Glück und glitsche an der Rinde herunter. Mein nächster Hieb ist im Baum. Ich lasse noch drei folgen, von denen ein jeder etwa einen Fuß von dem andern entfernt hineingeht — dann kann ich nicht mehr.

Ich löse ihn wieder ab, und so arbeiten wir abwechselnd, bis uns Frau Luisa zum Essen ruft. Der Baum stand noch unerschütterlich.

Auf unserem Rückwege finden wir ein Stück Holz im Waldschlag, welches uns passend für unseren Zweck erscheint, und wir ärgern uns, soviel Zeit und Mühe an den Baum verstreut zu haben.

„O wie ungeschickt!“ ruft Frau Luisa wehlagend. Pedro murmelt etwas von „Pavos“, was wir damals zum Glück noch nicht verstanden, und lekt sich verdrücklich auf einen Stamm.

Da uns Pedro sagt, daß es noch zu trocken zum Maispflanzen ist, beschließen wir, am Nachmittage lassen und fischen

während die Kessel, die, nachdem man sie von allen Seiten scharf betrachtet hat, noch als Tafeläpfel gelten, auch 6 M. das Pfund kosten. Für bedenklich angefaulte Birnen muß man 1 M. für das Pfund zahlen.

Besonders teuer ist nach wie vor der Brotbelag, vor allem der Käse. Harzer kostet das Pfund 14 M., wenn er gut durch ist, sogar 16 M., Tilsiter 20 M., während man für Schweizer tatsächlich 44 M. das Pfund zahlen muß.

Eine erfreuliche Folge hat die Besserung der deutschen Valuta bereits nach sich gezogen. Der Margarinerwerb hat einen Beschluß der Margarinerindustrie mit, wonach die Erzeugerpreise des Margarinerwerbendes mit sofortiger Wirkung um 5 Mark für das Pfund ermäßigt werden.

70 Prozent Höchstmietenzuschlag.

In seiner gestrigen Sitzung beschloß die Berliner Magistrat mit dem Vorschlag des Städtischen Ausschusses für Wohnungswesen, die Zuschläge auf die Mietmieten, die bisher 45 Proz. für Wohn- und 60 Proz. für gewerbliche Räume betragen haben, auf 60 bzw. 120 und 150 Proz. zu erhöhen.

1. a) für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstmietenzuschlag 120 Proz., wenn der Mietzins vom 1. Juli 1914 jährlich mehr als 800 M., aber nicht mehr als 2400 M. betragen hat.

b) Bei Mietverhältnissen, die sich sowohl auf Wohnräume als auch auf Räume der in Absatz a bezeichneten Art beziehen, beträgt der Höchstmietenzuschlag ebenfalls 120 Proz., falls der Mietzins nicht nach der verschiedenenartigen Verwendung der Räume getrennt vereinbart war und jährlich mehr als 800 M., aber nicht mehr als 2400 M. betragen hat.

2. a) für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstmietenzuschlag 170 Proz., wenn der Mietzins vom 1. Juli 1914 jährlich mehr als 2400 M. betragen hat.

b) Die unter 1 b getroffene Bestimmung findet entsprechende Anwendung.

Nazzia im Berliner Westen.

Die Berliner Kriminalpolizei nahm in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch eine Nazzia durch zahlreichere Raubmänner des Berliner Westens vor. In der Ansbacher und Kurfürstentrafé wurden in mehreren Lokalen 60 Personen festgenommen und der Raubunterwache angeführt.

zu gehen, um die Gemüter durch irgendeine Jagdbeute zu befriedigen. Raß geht mit.

Der Wald scheint wie ausgestorben, und welche Aufgabe, sich durch das unbeschreiblich dicke Unterholz zu arbeiten. Doch wir die Buschmesser hätten mitnehmen sollen, falls uns zu spät ein. Endlich stößt Raß ein kleines Baumgann an, das dicht vor uns aufbaumt.

Wir schießen a tempo und finden ein paar Fleischstücken mit Federn daran. Wirkung von Schrot Nr. 4 auf fünf Schritte. Raß verhängt die Ueberreste.

Lange geht's nun erfolglos weiter. Da — wir stoßen — ein mickriger Schrei vom Gipfel eines Baumriesen. Zwei prächtige, langgeschwänzte, blau und rot gefärbte Araras schaukeln sich in den Ästen. Jeder von uns nimmt einen aus Korn und schleht. Der eine Arara fliegt davon, der andere bleibt, zu Lode getroffen, kopfunter, auf irgendeine Art hängen. Lange warten wir auf seine Niederrfahrt. Er bleibt hängen. Wir müssen ihn aber haben. Wie wird sich Frau Luisa über die prächtigen Federn freuen! Jeder von uns feuert noch vier bis fünf Schüsse auf die ihn haltenden Zweige. Er kommt nicht herunter.

Wir haben genug vom Walde und gehen nach dem Fluß durch Dick und Dünn hinunter, um es mit Angeln zu versuchen. Vom Ufer aus will nichts beißen. Wir steigen in den Kahn, rudern in den Strom hinaus und dann mit kräftigen Ruderschlägen noch ein Stückchen stromauf, wo eine Sandbank uns oniockt. Aber noch ehe wir dahin kommen, sieht unsere Gondel auf einer anderen unter Wasser verborgenen Sandbank fest. Wir versuchen mit den Rudern stolend abzukommen. Keine Spur! Steigen ins leichte Wasser und schieben. Keine Bewegung des Ockerfahnes. Arbeiten bis zur Erschöpfung, suchen, wettern, hilft auch nichts. Die Wellen ballen sich zusammen. Donner grollt, ein Wetter zieht herauf. Der Wind springt plötzlich nach Süden um, die Temperatur sinkt um wenigstens 10 Grad, und vom Sturm geleitet kommt ein kalter, prasselnder Regen den Fluß hinout und die Wellen gehen hoch. Wir sind in ein paar Minuten naß bis auf die Haut. — Raß winzelt zum Erbarmen.

Raß etwa einer Stunde löst der Sturm nach und wir versuchen nochmals, mit Aufbietung aller Kräfte loszukommen. Es geht. Als wir landen, ist es beinahe dunkel. Frau Luisa ist zu erleichtert über unsere Rückkehr, um sich viel um Jagdbeute zu grämen.

(Fortf. folgt.)

Aus aller Welt.

Das Explosionsunglück in Saarlouis.

Von einem Augenzeugen wird der Unfall über die Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. in Saarlouis nach folgendem berichtet:

Nach der um 11 Uhr in der Nitrokörpermelze entstandenen Explosion, die von ungeheurer Gewalt war, entstand in den Fabrikanlagen ein Brand, dem neben dem Hauptgebäude eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fiel. Eine Anzahl Arbeiter konnte sich nach der ersten Explosion durch schleunige Flucht aus dem zusammenbrechenden Hause retten. Nach kurzer Zeit trafen die Feuerwehrleute der Umgebung und Rettungsmannschaften ein, denen es gelang, das Feuer in den späten Nachmittagsstunden Herr zu werden und so weiteren Explosionen vorzubeugen. Ein Wagen mit Sprengkörpern, deren Explosion von folgenschwerer Tragweite gewesen wäre, konnte noch rechtzeitig aus der gefährdeten Zone entfernt werden.

Die Bergungsarbeiten sind wegen der massenweise herumliegenden Trümmer außerordentlich schwierig und gehen nur langsam voran. So konnten, wie bereits gemeldet, bis 4 Uhr nachmittags erst 13 tote Geborgene werden, von denen 9 rekonstruiert sind. Auch gestern früh ließ sich die Zahl der Opfer noch nicht übersehen, man muß aber leider damit rechnen, daß von der 120 Arbeiter betragenden Belegschaft wenigstens die Hälfte tödlich verunglückt ist. Aus Saarlouis kamen bald nach Meldung des Unglücks Sanitätsautos herüber, die die Verwundeten in das Saarlouis Lazerett brachten. In sämtlichen umliegenden Ortschaften trugen die Gebäude Spuren der Explosion. In Saarlouis und selbst in Döhringen sind zahlreiche Fensterscheiben durch den Luftdruck, den die Explosion im Gefolge hatte, eingedrückt worden. Zahlreiche Angehörige von Arbeitern umstehen die Unfallsstätte, um das Schicksal ihrer Ernährer besorgt. Der Ort der Explosion ist durch französisches Militär abgeperrt.

Aus Anlaß des Explosionsunglücks in Saarlouis hat das preussische Staatsministerium zunächst einen Betrag von 300 000 M. zur Verfügung gestellt.

Wasserkraft in Bochum. Die Wasserkraft, unter der Bochum seit geraumer Zeit zu leiden hat, hat Mittwochs ihren Höhepunkt erreicht. Ganz Bochum war gestern gänzlich ohne Wasser. Das ganze Wirtschaftsleben, vor allem aber alle Haushaltungen, darunter namentlich die Krankenhäuser, leiden unter dem Wasser-mangel außerordentlich schwer. Verschiedene industrielle Werke waren schon gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. In den Haushaltungen kann kein Essen mehr gekocht werden. Der Grund des gänzlichen Wasser-mangels ist in einem Rohrbruch im Pumpenbetrieb des städtischen Wasserwerks zu suchen.

Arbeiterpöbel.

Kornweizen Röhre, 13. Abteilung. Schule Göttinger Ufer. Nach Renovierung der Turnhalle Wiederaufnahme der Turnstunden für Schüler und Lehrlinge Freitag, den 6. Dezember, 8 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Turnwart.

Wetter bis Freitag mittag. Nimmlich mild, überwiegend trübe, mit niederschlagsreichen, besonders im Norden ergiebigen Niederschlägen bei trüblichen, wechselluftigen bis nordwestlichen Winden.

DEGEA
Elektr. Kaffeemaschine D.R.P.

Zubereitung des Kaffees jederseit durch Glasdeckel kontrollierbar



Automatisches Filtern des Kaffees

Bequemstes und zweckmäßigstes Kaffeekochen
Vollste Ausnutzung des Kaffee-Aromas,
Eleganter Gebrauchs- und Geschenkartikel
Hochglanz vernickelt Überall erhältlich
Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft Berlin

Bezirk v. d. Sa. in SPD. Bez. Gall. 46. Unt. Am 15. November fand das Leben unseres Genossen (1863)

Karl Grzeschek
Göttinger Str. 46
durch Unfalltod auf der Arbeitstätte einen jähen Abschied.

Oben links. Tüchtiger! Die Einlieferung erfolgt am Samstag, den 10. Dez., nachmittags 7 Uhr, im Krematorium, Hermannstr. 2.

Am 3. Dez. 21 verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, der selbige Gatte war.

Karl Freund
Hühnerbrücke
In tiefer Trauer Marie Freund nebst Angehörigen.
Einäschung am 9. Dez. vorm 11 Uhr, Krematorium Hermannstr. 2.

Aufgebot.
Der Kaufmann Adolf Ottmann in Berlin-Charlottenburg, Eintrachtstr. 2, als gerichtliche beauftragter Verwalter des nachbezeichneten Vermögens, hat beantragt, dem nachbezeichneten Erben die Todeserklärung zu erlassen.

Ludwig Jaeger.
geb. am 20. Oktober 1868 in Jinsloma, Kreis Reutlingen, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, für tat zu erklären.

Der bezeichnete Bescholtene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 6. Juli 1922, nachmittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 27a, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Am 11. d. d. welche Auskunft über Leben oder Tod des Bescholtenen zu erteilen vermögen, ersucht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Aufgebot.
Die Ehefrau Maria Weichmann, geb. Eick, in Bernerth bei Berlin, vertreten durch Rechtsanwalt Andreas in Weichmann, hat beantragt, ihren Ehemann, den bescholtene, Wilhelm Weichmann, geboren am 8. Mai 1864 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin-Oberschönbrunn, Wilhelmshofstr. 1, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Bescholtene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 30. Juni 1922, nachmittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 27a, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Am 11. d. d. welche Auskunft über Leben oder Tod des Bescholtenen zu erteilen vermögen, ersucht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Auf Teilzahlung Anzüge
Schäfer, Haglans
Ruhlebner, nach dem
Preis, hier: Käthe
Leiser Gottlieb
Nollendorfstr. 22a
i. d. E. (Ecke Bismarckstr.)

Achtung Zimmerer!
Zentralverband der Zimmerer
Deutschl. : Zahlstelle Dr. Berlin
Kameraden!
Morgen, Freitag, 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Raststätten, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Zahlstellen - Versammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Lohnbewegung.
Kameraden! Da es die Verhältnisse unbedingt erfordern, daß wir erneut zur Lohnbewegung Stellung nehmen, so bitten wir hiedurch alle Verbandskameraden, da ihr zu laugen und zu agieren, daß die alten Disziplinen von der letzten Zahlstellenversammlung, soweit nicht neue gewählt sind, zu erklären haben.
Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand.



Allen voran
beim Einkauf von
**Brillanten, Platin
Gold- und Silber**
Uhren - Zahngebissen - Ketten
die führende Firma
**Juwelier
H. WIESE**
Artilleriestraße 30
Telephon Norden 1030
5 Min. vom Bahnhof Friedrichstraße

Spezial-Angebot!
Silberne
Service u. Bestecke
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden, Frisch u. besonders veralt. etc., nervöse Störungen, Mannesschwäche, Haarausfall usw. jeden Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H. Schmidt, Spezialist, Berlin NW 117, Reichener Str. 73, am Kriminalgericht. 2. Beliehende Broschüre völlig kostenfrei gegen 2 M. Leiden angeben.

Walthorlus Klenzong-Essenz
mit
Kräftigend u. zügl. v. 800. 12. Pl. M. 30, 30 Pf. M. 75
H. r. ink. H. H. Lab. E. Walthor. Halle S. - Trotha 143

Jubiläum Brand
Winkelhausen
1846 Die deutsche Weinbrandmarke 1921

Nasenröte, Sommersprossen
Pickel, Hautunreinigkeit, Ausschlag etc. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschafft durch echte Vater-Philippp-Schäfer, danach kommt anmütige junge zarte Haut zum Vorschein, 12 M. vom Laboratorium Dresden Zschauwitz 146, erhältlich in der Eifantenapotheke, Leipzigerstr. 119, und in den Drogerien: Bastianstr. 2, Fehmastr. 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstraße 76, Panlow, Prinzstr. 4.

Vorwärts-Inserate
verbürgen Erfolg!

Weihnachts-**S**eifen
und **P**arfümerien
KOPP & JOSEPH
BERLIN 50, Potsdamer Strasse 122.

In unserem Verlage erschien soeben:
Wilhelm Keil
Die Finanzkatastrophe
Kritik und Vorschläge zur Besserung der deutschen Finanzlage
Diese ausgezeichnete Schrift ist die Wiedergabe einer Rede des württembergischen Arbeitsministers Wilhelm Keil, gehalten auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins. Der Steuersachverständige der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gibt in dieser von großer Sachkunde und Verantwortung getragenen Rede ein umfassendes Bild des deutschen Finanz- und Steuerlebens; sie übt scharfe Kritik an den Unterlassungssünden der deutschen Regierungen in Steuerfragen und weist Wege zur Besserung unserer Finanzlage. Den sozialdemokratischen Parteifunktionären bietet die Schrift für die kommenden Wahlen eine ausgezeichnete Material.
Preis 1,50 Mk. ♦ Organisationen Vorzugsrabatt
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den Verlag
Chr. Haase & Co., Kiel
Bergstraße 11 507/18

Die **Abreibung der Leibestrümpfe** von Univ.-Professoren A. Grünhagen u. S. Radbruch
Wichtig
für Eheleute, Ärzte und Hebammen
Preis M. 2.-
Buchhandl. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Passende Weihnachtsgeschenke
Puppenwagen, Puppensportwagen, Kindermöbel usw., Metallbettstellen, Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel
Fürst, Neukölln,
Hermannstr. 38, Ecke Mahlower Straße
Fabrik für Ruhebetten, Aufgematratten und Feldbettstellen.
Fabrikpreise

Dringender Bedarf!
Kokoski faßt wieder Brillanten, Edelsteine, Platin, Gold- und Silberbruch
wie Gegenstände den höchsten Tageskurs
Dizette Verwertung
Brunnensr. 168 Goldwarenfabrik mit elektr. Betrieb
Erich Humboldt 2484 Sept. 1921

Schnürschuhe 35-60 gut durch repariert, neu besetzt
Schaftstiefel 50-75
neue **Schulmapp.** 60
120 M. **Reifen** 1111 g 12
Herrn-Ülster **Röcke** **fabrihaft**
Militär-Mäntel **u. Leder-**
sachen, **Sohlenleder** zu außergew. bill. Preisen
Lampen, Kronen, Wirtschaftsart.
Franseckystraße 23 Eck Linden Rykestraße
Humboldt 2294
Frankfurter Allee 817 Köpenicker Str. 188
Reinickendorfer Str. 87 Wittstocker Str. 18
Spandau: Charlottenstraße 2, Spandau 426
Charlottenburg: Spandauer Str. 35, Wülh. 1708



Verlangen Sie in den Geschäften nicht „eine Dose Schuhcreme“ - Sie werden alles mögliche bekommen - verlangen Sie ausdrücklich „eine Dose Urbin“ den guten Schuhputz Sie erhalten etwas wirklich erstklassiges!

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich **Urbin-Terpentinölware** die noch nie erreichte Qualität!

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
in großer Auswahl noch sehr preiswert
Wormann Nachf. Kottbuser Str. 9 Laden

